

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Frederik Lange

Proteste vor US-Botschaft in Colombo

Im Februar haben in Sri Lanka Tausende Menschen gegen amerikanische Bemühungen protestiert, das Land aufgrund von Kriegsverbrechen während des vor knapp drei Jahren beendeten Bürgerkriegs international abzustrafen. Die Regierung lehnt eine unabhängige Untersuchung weiterhin ab. Bei den Protesten demonstrierten Vertreter paramilitärischer Gruppierungen sowie der Regierungspartei vor der US-Botschaft in der Hauptstadt Colombo, um den Mitarbeitern eine Petition gegen die geplanten US-Bestrebungen zu übergeben. Auch in anderen Städten hatte die Administration von Präsident Rajapakse Demonstrationen organisiert.

Viele Verletzte während Gefängnisprotesten

Bei Protesten gegen eine mangelhafte Versorgung von Gefängnisinsassen ist in der Hauptstadt Colombo eine Vielzahl an Menschen verletzt worden. Die Polizei ging dabei mit Gas und Schlagstöcken sowie mit Schusswaffen vor. Mehrere Hauptstraßen wurden zudem blockiert.

Landesweit schwere Überschwemmungen

Über 60 Menschen sind im Februar bei starken Überschwemmungen in vielen Teilen des Inselstaates ums Leben gekommen. Darüber hinaus kam es zu Sachschäden von über 440 Millionen Euro. Die heftigen Monsunregenfälle, die das Klima Sri Lankas prägen, verursachten dabei die Überschwemmung der Häuser von mehr als einer Million Menschen. Im Norden, Zentrum und Osten Sri Lankas wurden zahlreiche Straßen und Felder überflutet. Die Vereinten Nationen haben daraufhin angekündigt, Sri Lanka Hilfgelder in Höhe von knapp 40 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Verminderung der Militärpräsenz in Konfliktzonen

Die srilankische Armee hat angekündigt, ihre Präsenz in den ehemaligen Kampfzonen des Landes im Norden und Osten zu minimieren. Sri Lankas Armeechef Generalleutnant Jagath Jayasuriya sagte in diesem Zusammenhang, dass die Armee nun auf die veränderten Realitäten im Lande reagieren und sich daher stärker zurückziehen könne. Dabei soll auch die Beteiligung der Armee an der Verwaltung der ehemaligen Bürgerkriegszonen zurückgefahren und in eine zivile Verwaltung überführt werden. Dennoch verbleibt eine enorme Anzahl an Soldaten besonders im Norden und Osten des Landes, da die Regierung eine Rückkehr der LTTE offiziell weiterhin nicht ausschließt.

UN kritisieren Aufarbeitung der Kriegsverbrechen

Der Bericht einer durch Präsident Rajapakse eingesetzten Versöhnungskommission – *Lessons Learnt and Reconciliation Commission (LLRC)* – entspricht laut der Hohen Kommissarin für Menschenrechte, Navanetham Pillay, nicht den Erwartungen der Vereinten Nationen an das Land. Pillay ist der Meinung, der LLRC Bericht „greife zu kurz“, gebe aber dennoch wichtige Empfehlungen. Sri Lanka hat demgegenüber die Glaubwürdigkeit des Berichts einer UN-Expertengruppe in Frage gestellt. Die Hohe Kommissarin ermutigte die Regierung Sri Lankas, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Aufarbeitung des Bürgerkrieges voranzubringen.

Kardinal gegen UN-Resolution

Gegen eine Resolution der UN zur Untersuchung der Kriegsverbrechen in Sri Lanka hat sich der Erzbischof von Colombo, Kardinal Albert Malcolm Ranjith, ausgesprochen. Eine solche Maßnahme bedeute ein „unangemessenes Eingreifen in die nationale Souveränität“. So zitiert ihn die vatikanische Nachrichtenagentur Fides. Zugleich hat Ranjith jedoch die Regierung Sri Lankas aufgerufen, die Empfehlungen der nationalen Versöhnungskommission (LLRC) schnellstmöglich umzusetzen. Eine „Diskriminierung von Rassen oder Religionen“ in der politischen Debatte sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Srilankischer Flüchtling droht mit Selbstverbrennung

Ein 37-jähriger Mann aus Sri Lanka hat vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in der *Ratchadamnoen Avenue* der thailändischen Hauptstadt Bangkok versucht, sich zu verbrennen. Der Mann forderte Asyl in den USA für sich, seine Frau sowie seine vier Kinder. Nachdem er sich bereits mit zehn Litern Benzin übergossen hatte, drohte er damit, sich selbst anzuzünden. Ein Mitarbeiter der UN konnte dieses Vorhaben abwenden.

Maledivischer Präsident Nasheed flieht nach Sri Lanka

Nach seinem offiziellen Rücktritt ist der maledivische Präsident Mohammed Nasheed Anfang Februar 2012 mit seiner Familie nach Sri Lanka geflohen. Zuvor hatten die neuen Machthaber die Festnahme des bisherigen Staats- und Regierungschefs angeordnet. Gründe wurden vom Gericht nicht genannt. Angesichts der zunehmenden Gewalt auf den Malediven seien auch seine Frau und zwei Töchter Nasheeds nach Colombo gereist. Das teilte ein Regierungssprecher in Sri Lanka mit. Nasheed hatte bereits vor seiner Machtübernahme im Jahre 2008 in Sri Lanka im Exil gelebt.